

INTERPELLATION von Carmen Walker Späh (FDP, Zürich), Martin Mossdorf (FDP, Bülach) und Reto Cavegn (FDP, Oberengstringen)

betreffend Agglomerationsprogramme des Bundes

Am 19. Dezember 2001 genehmigte der Bundesrat den Bericht „Agglomerationspolitik des Bundes“ und machte darin deutlich, dass er künftig einen grösseren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der schweizerischen Agglomerationen leisten will. Der Bund beabsichtigt, innovative Projekte durch eine gezielte Anreizpolitik zu fördern. Er knüpft seine Unterstützung im Bereich der Agglomerationsprogramme (frühestens ab 2006 jährlich 300 bis 350 Mio. Franken) an planerische und organisatorische Bedingungen. Der Kanton Zürich hat Agglomerationsräume von nationaler (Zürich und Winterthur) und regionaler (Uster/Wetzikon) Bedeutung. Deren Funktionieren ist für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lebensfähigkeit unseres ganzen Kantons von grösster Wichtigkeit.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen:

1. Was unternimmt die Regierung im Hinblick auf die verlangten planerischen und organisatorischen Massnahmen, um zu gegebener Zeit in den Genuss der finanziellen Unterstützung des Bundes für Agglomerationsprogramme zu gelangen?
2. Fanden diesbezüglich bereits Kontakte mit dem Bund statt? Wenn ja, mit welchem Inhalt und Ergebnis?
3. Welche Infrastrukturen kommen aus der Sicht der Regierung für die Unterstützung im Rahmen der Agglomerationsprogramme in Frage?

Carmen Walker Späh
Martin Mossdorf
Reto Cavegn

M. Baumgartner	S. Bernasconi	R. Bernoulli	J.-J. Bertschi	L. Briner
M. Clerici	Th. Dähler	O. Denzler	F. Frey	G. Guex
H. Hartmann	R. Hatt	Th. Heiniger	A. Heinimann	A. Honegger
B. Hösly	S. Huber	M. Hutter	Th. Isler	B. Johner
J. Kündig	R. Noser	H.-P. Portmann	H. Sallenbach	Hp. Schneebeli
R. Thalmann	G. Winkler			